

**Rede von Herrn Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
anlässlich der 15. Mitgliederversammlung des BBE am 21.11.2014**

Sehr geehrter Herr Professor Olk,
Sehr geehrter Herr Dr. Klein,
Sehr geehrte Mitglieder des BBE-Sprecherrates,
Sehr geehrte Mitglieder des BBE,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung, auf der Mitgliederversammlung des BBE heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich bin gerne dieser Einladung gefolgt und möchte Ihnen unsere engagementpolitischen Schwerpunkte für diese Legislaturperiode vorstellen.

Das BBE ist hierfür ein guter Ort, denn wo sonst sind so viele maßgebliche Akteure und Akteurinnen der Engagementpolitik und Engagementförderung aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und von staatlicher Seite versammelt. Was kann der Staat tun? Was muss der Staat tun, um Bürgerverantwortung, Eigeninitiative und Engagement zu befördern.

Bürgerschaftliches Engagement und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger füreinander schaffen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Staat alleine kann dies nicht leisten. Unser Gemeinwesen ist auf die Eigeninitiative und das Engagement der Menschen angewiesen.

Ich möchte aber ganz klar feststellen:

Erstens: Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig und selbstbestimmt. Es kann nicht verordnet werden.

Und Zweitens: Das freiwillige Engagement der Menschen soll und kann nicht staatliche Daseinsvorsorge ersetzen.

Was wir wollen, ist gesellschaftlichen Zusammenhalt durch einen verlässlichen Sozialstaat einerseits und bürgerschaftlichem Engagement andererseits.

Aufgabe des Staates ist es dabei, gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, so dass Menschen sich engagieren können, wie sie möchten und Engagement sich bestmöglichst entfalten kann.

Denn bürgerschaftliches Engagement hat eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist deshalb ein wichtiges Vorhaben im Koalitionsvertrag der Bundesregierung: als Teil einer zeitgemäßen und modernen Gesellschaftspolitik.

In diesem Sinne zunächst ein Blick in das für Engagement federführende Bundesministerium:

Engagementpolitik – das ist unser Ziel – soll künftig gleichberechtigt mit den „klassischen“ Bereichen unseres Hauses angesiedelt sein. Deshalb haben wir hierfür eine eigene Unterabteilung aufgebaut.

Wichtig ist für uns dabei, dass wir unsere Arbeit auf neuem Vertrauen aufbauen. Staat und Zivilgesellschaft sind in unseren Augen Partner - keine Gegenspieler.

Zu unserem Verständnis von Partnerschaft gehört Transparenz, aber wir wollen genauso, dass der Staat nicht mehr als unbedingt nötig bestimmt oder reguliert, wie bürgerschaftliches Engagement aussieht und sich organisiert.

Bürgerschaftliches Engagement geschieht vor Ort. Menschen engagieren sich in unserer Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise.

Dabei hat Engagement viele Gesichter: die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen, das Stiften und Spenden von Geld sowie politische Partizipation gehören ebenso dazu wie Engagement und klassisches Ehrenamt im Verein – sei es z.B. im Sport, in der Nachbarschaft oder der Kirche.

Deshalb ist für uns die Kooperation mit Verbänden und Organisationen im Bereich des Engagements sehr wichtig.

Denn sie bilden in Deutschland ganz wesentlich den Rahmen für Engagement und Ehrenamt und haben damit eine wichtige Funktion in Hinblick auf Organisation, Aufrechterhaltung und Qualifizierung von Engagement.

Meine Damen und Herren,

Für unverzichtbar halte ich den kontinuierlichen Austausch mit den Partnern in der Zivilgesellschaft, denn nur so können wir die unterschiedlichen Handlungslogiken, denen der andere verpflichtet ist, verstehen.

Wichtiger strategischer Partner ist für uns das BBE, mit dem wir eng und konstruktiv zusammenarbeiten wollen.

Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern, ist Ziel des BBE.

Mit etwa 260 Mitgliedern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat haben Sie Ihr Netz weit gespannt und wirken in die unterschiedlichen Bereiche. Ich halte dies für sehr wichtig, denn nur in der Zusammenarbeit von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft können gute und nachhaltige Strukturen für Engagement geschaffen werden.

Die Vielfalt der Themen, für die das BBE sich einsetzt, ist beeindruckend.

Sie reicht - um nur einige Beispiele zu nennen - von rechtlichen Rahmenbedingungen, Bildung und Qualifizierung, über Freiwilligendienste, Partizipation bis hin zur Europäischen Zivilgesellschaft.

Als trisektorales Netzwerk ist das BBE wichtiger Impulsgeber im Bereich der Engagementförderung und Engagementpolitik.

In Ihrem Netzwerk findet ein sektorenübergreifender Austausch statt und werden gesellschaftspolitische Prozesse ausgehandelt und angeschoben.

Für uns ist das Gespräch mit der „Praxis“ und der Austausch mit dem BBE wichtig, denn wir wollen keine Politik „vom grünen Tisch“ aus machen.

Engagement und Ehrenamt in all seiner Vielfalt zu fördern ist Anliegen des BEE und genau da treffen wir uns.

Denn wir haben dasselbe Anliegen.

Engagementpolitik bedeutet für uns eine Politik der Ermöglichung.

Es soll die Zivilgesellschaft selbst, es sollen zuerst die Engagierten selber sein, die entscheiden und gestalten, wofür und wie sie sich engagieren wollen - auch und gerade dann, wenn sie sich gegen Missstände engagieren und Politik verändern wollen.

Deutschland hat eine starke Bürgergesellschaft: Über 23 Millionen Menschen engagieren sich in unserem Land - in nahezu 600.000 Vereinen, in den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und in vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen.

Aber wir können nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass dies stets so bleibt, denn auch Bürgerengagement ist gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen.

Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland bewegt sich zwar auf einem hohen und stabilen Niveau und ist überwiegend an regelmäßige Verpflichtungen und kontinuierlich ausgeübte Tätigkeiten gebunden.

Aber es gibt auch Veränderungstendenzen, die wir wahrnehmen müssen: z.B. übernehmen weniger Engagierte Leitungsfunktionen oder Vorstandspositionen als klassisches Ehrenamt in Vereinen oder Verbänden.

Zudem engagieren sich Menschen zunehmend nur kurzfristig oder unregelmäßig.

Wir alle müssen in Bewegung sein, uns immer wieder überprüfen und neuen Gegebenheiten anpassen - dies gilt auch für die Politik und die Gestaltung von Rahmenbedingungen für Engagement.

Engagement geschieht freiwillig und ist selbst ein Ausdruck von Freiheit.

Auf der Basis eines solchen Verständnisses von Engagement und im Sinne einer Politik der Ermöglichung wollen wir die Rahmenbedingungen für Eigeninitiative und Engagement verbessern.

Zu den Schwerpunkten unserer Engagementpolitik:

Wir wollen auf der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung aus der 17. Legislaturperiode aufbauen.

Die vier strategischen Ziele sind nach wie vor aktuell:

1. Eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen.
2. Die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen.
3. Eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten.
4. Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement.

An diese Zielsetzungen knüpfen wir an und wir setzen aber auch neue Schwerpunkte.

Dazu gehört vor allem die nachhaltige Stabilisierung von Engagementstrukturen.

Wir möchten die Strukturen und Netzwerke des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig stärken.

Starken Ideen wollen wir zu mehr Nachhaltigkeit und nachhaltigen Strukturen zu mehr Stärke verhelfen.

Die punktuelle Förderung immer wieder neuer Modellprojekte birgt stets auch die Gefahr, dass eine gute Entwicklung abbricht, sobald die Anschubfinanzierung des Bundes ausläuft.

Wir werden innovative Wege beschreiten, um die sektorübergreifende Zusammenarbeit auf- und auszubauen, um Strukturen vor Ort nachhaltig abzusichern und um qualitativ hochwertige Entwicklungsprozesse des Engagements vor Ort zu stützen.

Gemeinsam mit den großen Stiftungen in Deutschland und Generali sind wir gerade dabei, eine Initiative für die Stärkung der strategischen Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen und Gemeinden auf den Weg zu bringen.

Unter dem Namen „Engagierte Stadt“ soll diese Initiative dazu dienen, das Bürgerschaftliche Engagement auf lokaler Ebene zu stärken und zu verstetigen. Sie wird voraussichtlich Anfang 2015 an den Start gehen. Gefördert werden Träger- und Mittlerorganisationen in Städten zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern. Sie müssen bereit sein, sich aktiv einzubringen und in einem Netzwerk aus 70 bis 100 Kommunen mitzuarbeiten.

In ca. 30 bis 50 Kommunen werden wir lokale Prozesse intensiver fördern (auch finanziell) und beratend begleiten.

Es werden insgesamt drei Millionen Euro für zunächst drei Jahre für die Förderung lokaler Weiterentwicklungsprozesse zur Verfügung stehen.

Wir wollen unter Einbeziehung der beteiligten Akteurinnen und Akteure der Engagementpolitik Organisationsformen finden, die neue Möglichkeiten der Vernetzung bieten.

Wir wollen die Tragfähigkeit neuer „Brücken in die Zivilgesellschaft“ prüfen mit dem Ziel, eine innovative wie auch nachhaltige Infrastruktur- und Vernetzungsförderung zu entwickeln und finanzstarke Partnerschaften zu organisieren.

Denn das kann der Bund alleine nicht leisten.

In diesem Zusammenhang prüfen wir gegenwärtig, ob und inwiefern im Rahmen einer Bundesstiftung - einer „Deutschen Engagementstiftung“ - neue Wege zur nachhaltigen Stärkung engagementfördernder Strukturen beschritten werden könnten.

Das Ziel ist auch hier: Wir wollen diejenigen, die sich vor Ort engagieren, verlässlich und nachhaltig unterstützen.

Dazu wollen wir Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft enger zusammenbringen, um gemeinsam stärkere Grundlagen und Voraussetzungen für nachhaltigere Strukturen im Engagement-Sektor zu schaffen.

Auch die Einbindung unternehmerischen Engagements ist wichtig. Unternehmen fördern meist in Form von Geld- und Sachspenden bürgerschaftliches Engagement mit jährlich ca. 11 Milliarden Euro und stärken damit die Zivilgesellschaft.

Dieses Potential kann zur Verbesserung von Engagementinfrastrukturen und zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen beitragen.

Wir wissen, dass Nachhaltigkeit und Wirkung jedes Engagements vor Ort sehr stark abhängt von dem Vertrauen in eine auf Verlässlichkeit angelegte finanzielle Unterstützung.

Aus diesem Grund gehört die Stabilisierung von erfolgreichen Engagementstrukturen zum festen Ziel unserer Engagementpolitik.

Ich bin überzeugt, dass in der Zusammenarbeit zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen der Schlüssel für den Erfolg einer nachhaltigen Engagementförderung liegt.

Kein Ministerium - weder im Bund noch im Land -, keine Stiftung, kein noch so großes Unternehmen ist hierzu alleine in der Lage.

Engagement hat ganz zentral mit Vertrauen und Verlässlichkeit zu tun.

Dies muss sich – wie ich finde – auch im Politikstil spiegeln.

Für mich ist Engagementpolitik eine dialogorientierte, kooperative, auf den Erhalt und den Ausbau von Vertrauen gerichtete Programm- und Prozesspolitik.

Einen solchen Prozess haben wir bei der Konzeption des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das die bisherigen beiden Programme zur Extremismusprävention ab 2015 ersetzen wird, durchlaufen.

Dem Programm vorausgegangen war ein intensiver Beteiligungsprozess mit den bundesweiten Trägern, mit den Ländern und dem Bundesministerium des Innern.

So konnten wichtige Impulse in die Entstehung des neuen Programms einfließen.

Mit dem Programm „Demokratie leben!“ wollen wir zuallererst diejenigen Menschen vor Ort nachhaltig unterstützen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen.

Wir haben intensiv dafür gearbeitet, damit eine Aufstockung des Bundesprogramms stattfindet. Dies ist gelungen. Das Programm startet nun 2015 mit einer Fördersumme von jährlich 40,5 Mio. Euro.

Mit dem zusätzlichen Geld werden wir die Radikalisierungsprävention und den Kampf gegen Salafismus, Islamismus und Antisemitismus stärken.

Für mehr Planungssicherheit sind alle Strukturförderungen, Projekte und Maßnahmen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren geplant.

Schwerpunkt des neuen Programms bleibt der Kampf gegen Rechtsextremismus. Doch sollen auch Projekte gefördert werden, die sich gegen jegliche Formen von vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden.

Das Bundesprogramm besteht aus drei Säulen:

1. In die erste Säule fließen etwa zwei Drittel des gesamten Budgets zur Förderung nachhaltiger Strukturen. Mit dem Geld soll das Konzept der bewährten Lokalen Aktionspläne weiterentwickelt und finanziell besser ausgestaltet werden zu bundesweit 220 lokalen "Partnerschaften für Demokratie". Dafür wird es für Kommunen auch am Anfang kommenden Jahres eine weitere Bewerbungsmöglichkeit geben. Auf der Länderebene werden die bisherigen 16 landesweiten Beratungsnetzwerke zu Demokratiezentren als Koordinierungs- und Vernetzungsstellen weiterentwickelt. Damit wird die Arbeit der mobilen Beratung, der Opferberatung und der Ausstiegsberatung im Rahmen landesweiter Netzwerke stärker gefördert. Darüber hinaus gibt es erstmals eine Förderung zur Strukturentwicklung bundesweiter Träger.
2. In der zweiten Säule werden Mittel für die Förderung von Modellprojekten zur Verfügung gestellt. Die geförderten Projekte sollen einen Themenschwerpunkt in den Bereichen Demokratiestärkung im ländlichen Raum, Antisemitismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus oder Homophobie haben oder sich mit den schwierigen Fragen der Radikalisierungsprävention beschäftigen.
3. Die dritte Säule garantiert die Umsetzung, Steuerung und Evaluierung des Bundesprogramms.

Innerhalb der Bundesregierung setzen wir mit dem Programm die sehr gute und bewährte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern, u.a. seinem erfolgreichen Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fort.

Eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements sind die Freiwilligendienste.

In den Freiwilligendiensten engagieren sich heute Jedes Jahr an die 100.000 Freiwillige. Das ist ein Rekord. Bleibt es dabei, dass sich dauerhaft Menschen in dieser Größenordnung engagieren, wird bald mehr als jeder 10. eines Jahrgangs einen Freiwilligendienst geleistet haben.

Ursprung dieser großartigen Entwicklung ist das FSJ-Gesetz, dessen 50jähriges Jubiläum in diesem Jahr mit vielen Veranstaltungen und Aktionen von den Freiwilligen, den Verbänden und uns begangen wird.

Auch Sie haben diesen Anlass mit einem Schwerpunktthema in einem Ihrer Newsletter angekündigt.

Gewachsen ist daraus eine Engagementlandschaft, die seit Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes (BFD) zum 1. Juli 2011 die Möglichkeit für Männer und Frauen jeden Alters bietet, vielfältige Freiwilligendienste zu leisten.

Das ist eine großartige Gemeinschaftsleistung, auf der wir in den kommenden Jahren aufbauen können, wenn es um die Weiterentwicklung des Rahmens für die Freiwilligendienste geht.

Im Bundesfreiwilligendienst ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, dadurch werden auch in erheblicher Zahl meist junge Männer an soziale Berufe herangeführt.

Deutschlandweit sind derzeit ca. 40 % der Bundesfreiwilligen über 27 Jahre alt und rund 20 % über 50 Jahre alt.

Wie gut die vielfältigen Engagementangebote ankommen, zeigen die ersten Ergebnisse der gemeinsamen Evaluation von FSJ, FÖJ und BFD, die im Herbst 2012 angelaufen ist und deren Abschlussbericht wir im nächsten Jahr erwarten:

Insgesamt 85 % der befragten Freiwilligen waren mit ihrer Tätigkeit sehr bzw. eher zufrieden. 88 % der befragten Freiwilligen würden einen Freiwilligendienst weiterempfehlen.

Die Regierungsfractionen haben in den diesjährigen Haushaltsverhandlungen beantragt, für das Jahr 2014 zusätzliche Haushaltsmittel zugunsten des Bundesfreiwilligendienstes bereitzustellen. Dem hat das Parlament bei seiner Abstimmung über den Bundeshaushalt 2014 zugestimmt.

Freiwilligendienste sind Orientierungs-, Bildungs- und Lernangebote - das gilt natürlich insbesondere auch für die Jugendfreiwilligendienste.

Dabei geht es nicht primär um die Vermittlung von Fachwissen, sondern um die Förderung von sozialem Lernen und Persönlichkeitsentwicklung. Gerade auch die Jugendfreiwilligendienste fördern die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und wirken so in hohem Maße sozial integrativ.

Diese Engagementlandschaft zu hegen und zu pflegen, bleibt auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe der Engagementpolitik.

Wenn wir die bisherige Erfolgsgeschichte fortschreiben wollen, müssen wir uns weiterhin bemühen, die Freiwilligendienste noch attraktiver zu gestalten.

Wir wollen zum Beispiel dafür sorgen, dass mehr ausländische Freiwillige in Deutschland passende Angebote für ihr Engagement finden.

Darüber hinaus wollen wir noch mehr als bisher versuchen, Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit Haupt- und Realschulabschluss für das Freiwillige Soziale Jahr zu gewinnen.

Auch wünschen sich viele Freiwillige für die Anerkennung ihres Engagements auf Ausbildung und Studium einheitlichere und klarere Regelungen.

Der Ausbau der Anerkennungskultur wird sicherlich ein längerfristiger Prozess sein, mit dem das BMFSFJ in dieser Legislaturperiode beginnen wird.

Aber wir können hier nur von unserer Seite aus agieren, Akzeptanz und Anerkennung müssen letztendlich aus der Gesellschaft – und auch aus der Wirtschaft, soweit es um die Gewährung von Vergünstigungen für die Freiwilligen geht – kommen.

Anerkennung ist ein ganz wesentliches Thema bei der nachhaltigen Förderung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement.

Denn viel zu oft wird das freiwillige Engagement von Menschen als Selbstverständlichkeit angesehen.

Wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für unsere moderne Gesellschaft und ihre Wandlungsprozesse ist, muss viel stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Denn diejenigen, die sich freiwillig engagieren, tragen mit ihrem Einsatz, mit ihrer Kreativität und Eigeninitiative zum Fortschritt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei.

Wir brauchen eine öffentliche Kultur der Anerkennung und Wertschätzung, die die gesellschaftspolitische Bedeutung des Engagements würdigt und sichtbar macht.

Diese Anerkennungskultur wollen wir auf der Bundesebene und auch gemeinsam mit den Ländern stärken.

Hier wollen wir auf mehreren Ebenen ansetzen:

Mit der jährlich vom BBE veranstalteten bundesweiten Woche des Bürgerschaftlichen Engagements unterstützen wir eine Aktionswoche, die das Engagement der mehr als 23 Millionen Freiwilligen in Deutschland auf attraktive Weise bekannt macht, würdigt und andere Menschen zum Mitmachen anregt.

Ein Instrument auf Bundesebene, um den vielen Engagierten einmal im Jahr „Danke“ zu sagen, ist der Deutsche Engagementpreis, der jeweils am „Internationalen Tag des Ehrenamtes“ (5.12.) in Berlin durch das Bündnis für Gemeinnützigkeit, das

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Generali Zukunftsfonds verliehen wird.

Der Deutsche Engagementpreis soll ab dem Jahr 2015 zu einem „Preis der Preise“ weiterentwickelt werden. Jede Gewinnerin und jeder Gewinner eines lokalen, regionalen oder landesweiten Engagementpreises soll künftig automatisch für den Deutschen Engagementpreis nominiert sein.

Zu einer guten Anerkennungskultur gehören neben Preisen, Auszeichnungen und anderen öffentlichen Aktionen u.a. auch Qualifizierung und eine Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen auf Augenhöhe.

In vielen Organisationen gibt es aber immer wieder Kooperationsprobleme, die bis zum Abbruch der ehrenamtlichen Tätigkeit führen können.

Um hier mehr zu wissen und Konfliktpotential zu reduzieren bzw. Anregungen für die Praxis geben zu können, haben wir eine Studie in Auftrag gegeben, die die Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Bereichen Pflege, Kultur und Sport untersucht.

Im Jahr 2015 werden wir damit erstmals belastbare Daten für diese Kontexte haben. Die Studie wird zudem einen Handlungsleitfaden für die Praxis bieten.

Bei der Ausrichtung unserer Engagementpolitik lassen wir uns von wissenschaftlicher Seite beraten.

Der Zweite Engagementbericht, den wir 2016 dem Deutschen Bundestag übergeben, hat den Schwerpunkt „Demographischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement“.

Der Bericht, mit dem wir eine unabhängige Sachverständigenkommission beauftragt haben, wird nicht nur die aktuelle Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland aufzeigen, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen formulieren.

Diese Empfehlungen wollen wir in einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte diskutieren.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Thema, das Teil einer modernen Gesellschaftspolitik sein muss. Engagement bedeutet Mitverantwortung.

Der Staat kann niemals alleine alle gesellschaftlichen Herausforderungen lösen. Oft sind es engagierte Menschen, die in Veränderungen die Chancen sehen und ergreifen.

Dabei ist bürgerschaftliches Engagement weder der Reparaturbetrieb von Politik noch kann es einen zukunftsfähigen Sozialstaat ersetzen.

Wir brauchen beides: einen handlungsfähigen Staat und eine aktive Zivilgesellschaft.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir über Bedeutung, Bedingungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft eine breite Debatte führen.

Denn eine starke und lebendige Zivilgesellschaft ist nur in einem engen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft möglich.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen unseren Dank aussprechen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Mitgliederversammlung.